



HESSISCHER LANDTAG

18. 08. 2005

Kleine Anfrage

des Abg. Schäfer-Gümbel (SPD) vom 18.05.2005

betreffend Ortsumgehung Staufenberg-Mainzlar (Landkreis Gießen)

und

Antwort

des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Vorbemerkung des Fragestellers:

Der Wirtschaftsminister und der Innenminister haben am 26. April 2005 dem Bürgermeister der Stadt Staufenberg die Planfeststellungsunterlagen für die Ortsumgehung Mainzlar überreicht. Die Ortsumgehung soll über das so genannte Kommunale-Interessen-Modell (KIM) finanziert werden. Gleichzeitig steht die Stadt Staufenberg unter "verschärfter" Kommunalaufsicht wegen der defizitären Haushaltslage durch den ortsansässigen Regierungspräsidenten Schmied.

Der Innenminister hat nach Presseberichten weitere Gespräche über die Finanzierung der Ortsumgehung während der Übergabe der Unterlagen angekündigt.

Diese Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und für Sport wie folgt:

Frage 1. Hält die Landesregierung das Finanzierungsinstrument KIM in einer Stadt für sinnvoll, die sich vom Regierungspräsidenten sogar die Besetzung einer halben Arbeiterstelle im Bauhof genehmigen lassen muss?

Die Landesregierung hat das Finanzierungsinstrument "Kommunales Interessenmodell KIM" aufgelegt, um (unter anderem) dringliche Ortsumgehungen im Zuge von Landesstraßen, deren Finanzierung aus dem regulären Landesstraßenbauhaushalt erst mittelfristig möglich ist, im Interesse und mithilfe der begünstigten Gemeinde früher realisieren zu können.

Die Auswahl der möglichen KIM-Projekte richtet sich nach Maßgabe des vom Hessischen Landtag vorgegebenen Finanzrahmens nach objektiven Kriterien der Dringlichkeit und der Prognose für einen zeitnah möglichen Baubeginn. Diese Maßnahmen wurden den beteiligten Gemeinden unabhängig von ihrer individuellen Finanzkraft angeboten. Es bleibt der eigenverantwortlichen Entscheidung jeder einzelnen Gemeinde überlassen, das Angebot anzunehmen oder abzulehnen.

Für den konkreten Fall der Ortsumgehung Staufenberg-Mainzlar hat sich herausgestellt, dass die bisher vorgesehene vorgezogene Realisierung durch das Kommunale Interessenmodell KIM aufgrund der Finanzlage der Stadt Staufenberg nicht mehr realistisch ist. Die Maßnahme ist für 2008 im Landesprogramm vorgesehen.

Frage 2. Wie hoch schätzt die Landesregierung die Mehrausgaben der Stadt Staufenberg bei einer Umsetzung des KIM im Fall der Ortsumgehung Staufenberg?

Die von der Gemeinde zu tragenden Finanzierungskosten (im Wesentlichen die Zinsbelastung der kommunalen Vorfinanzierung) sind in jedem Einzelfall von den jeweiligen Zinskonditionen abhängig. Nach bisherigen Erfahrungen liegen diese Kosten zwischen ca. 30 v.H. und 50 v.H. der veranschlagten Baukosten, die sich für die Ortsumgehung Staufenberg-Mainzlar auf 4,9 Mio. € belaufen.

Frage 3. Trifft es zu, dass die Stellungnahmen der unteren und oberen Kommunalaufsicht zur Beteiligung der Stadt Staufenberg am KIM negativ waren?

Der Landrat des Landkreises Gießen, das Regierungspräsidiums Gießen und das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung halten die Übernahme der Vorfinanzierung der Straßenbaumaßnahme durch die Stadt Staufenberg aufgrund der extrem angespannten Haushaltslage nicht mehr für realistisch.

Frage 4. Wie wird die Genehmigungsbehörde den Mehrausgaben bei den anstehenden Haushaltsbewilligungen gegenüberstehen?

Nach dem Bericht des Regierungspräsidiums Gießen enthält die Haushaltsatzung der Stadt Staufenberg für das Jahr 2005 keine genehmigungspflichtigen Festsetzungen. Im Haushaltsplan 2005 sind keine Ausgaben für die Ortsumfahrung Mainzlar veranschlagt. Die Maßnahme ist auch nicht im Investitionsprogramm enthalten.

Frage 5. Warum finanziert die Landesregierung die Ortsumgehung einer Landesstraße nicht selbst?

Der Beginn der Finanzierung durch das Land ist für das Jahr 2008 vorgesehen. Ich verweise auch auf meine Antwort zu Frage 1.

Wiesbaden, 1. August 2005

Dr. Alois Rhiel